



13/SN-285/ME

BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Bundeswirtschaftskammer

Bundeswirtschaftskammer · A-1045 Wien
Postfach 195

Präsidium des Nationalrates

Parlament
1010 Wien

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. 70	GE 9 86
Datum: 23. NOV. 1986	
28. Nov. 1986	
Verteilt	Pho/Ver

H. Boman

Ihre Zahl/Nachricht vom	Unsere Zahl/Sachbearbeiter	(0222) 65 05	Datum
-	RGp 344/86/Kö/BTV	4296 DW	20.11.1986

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gebührenanspruchsgesetz 1975 und das Bundesgesetz über den allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen und Dolmetscher geändert werden; Begutachtungsverfahren

Die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft beehrt sich, einem Ersuchen des Bundesministeriums für Justiz entsprechend 25 Ausfertigungen ihrer zum oa Gesetzentwurf erstatteten Stellungnahme mit der Bitte um gefällige Kenntnisnahme zu übermitteln.

BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Für den Generalsekretär:

Anlage (25-fach)

40 JAHRE Bundeswirtschaftskammer
Arbeit für Österreich und seine Wirtschaft

Nachrichtlich an: 13/SN-285/ME XVI. GP - Stellungnahme (gescanntes Original)
alle Landeskammern
Sp-Abteilung
Wiss-Abteilung
Presseabteilung
Präsidialabteilung
Herrn Generalsekretär DDr. Kehrer
Herrn Generalsekretär-Stv. Dr. Reiger



BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Bundeswirtschaftskammer

Bundeswirtschaftskammer · A-1045 Wien
Postfach 195

Bundesministerium für Justiz

Museumstraße 7
1070 Wien

Ihre Zahl/Nachricht vom	Unsere Zahl/Sachbearbeiter	(0222) 65 05	Datum
11.802/62-I 6/86	RGp 344/86/Kö/BTV	4296 DW	20.11.1986
3.10.1986			

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gebührenanspruchsgesetz 1975 und das Bundesgesetz über den allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen und Dolmetscher geändert wird; Begutachtungsverfahren

Unter Bezugnahme auf die oa Note des do Bundesministeriums beehrt sich die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft zu dem im Betreff genannten Gesetzesentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Die in Z 7 des Entwurfes vorgesehene Erhöhung des in § 34 Abs 3 GebAG 1975 genannten Betrages von S 147,-- auf S 264,-- erscheint zu gering. Es darf hiezu auf die Erläuterungen zur genannten Ziffer verwiesen werden, die feststellen, daß eine Facharbeiterstunde zwischen S 350,-- und S 400,-- kostet. Eine Anhebung des in § 34 Abs 3 GebAG 1975 angeführten Betrages auf etwa diese Höhe erscheint geboten.

Vergleicht man die im vorliegenden Entwurf vorgesehene Erhöhung der Gebühren nach § 34 Abs 3 von rund 80 % mit der Erhöhung der Gebührenansätze nach § 43, so ist ein eklatantes Mißverhältnis festzustellen. Die beabsichtigte Dreistufigkeit der Gebührenansätze in § 43 Abs 1 Z 1 führt zu einer Mindestgebühr von nunmehr S 1.000,-- bei einer einfachen Untersuchung, während bisher bei einer einfachen

40 JAHRE Bundeswirtschaftskammer
Arbeit für Österreich und seine Wirtschaft

Wiedner Hauptstraße 63
A-1045 Wien

Telex 111871 BUKA
Teletex (61) 3222138 BWK
Telefax (0 22 2) 65 25 01

Telegrammadresse
BUWIK A

Creditanstalt-Bankverein
Konto Nr. 0020-95032/00
BLZ 11000

DVR
0043010

- 2 -

körperlichen Untersuchung S 236,-- vorgesehen waren. Dies entspricht einem Anstieg um rund 324 %. Eine ähnliche und teilweise sogar noch größere Erhöhung ergibt sich, vergleicht man § 43 Abs 1 lit b und c in der geltenden Fassung mit § 43 Abs 1 Z 1 lit b in der vorgesehenen Fassung. Der in den Erläuterungen auf Seite 8 enthaltene Hinweis, wonach die Erhöhung von S 236,-- auf S 1.000,-- deshalb gerechtfertigt wäre, weil schon bisher für solche Gutachten die Gebühren nach § 43 Abs 1 lit b mit S 909,-- festgesetzt wurde, ist befremdlich. Eine dem Gesetz nicht entsprechende Vorgangsweise kann wohl kaum als Grundlage für eine solche drastische Anhebung der Gebühren dienen.

Auch wenn durch die beabsichtigten Gebührenerhöhungen etwa sichergestellt werden soll, daß Sachverständige in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, so kann die Bundeskammer nicht umhin, die geplanten Erhöhungen der für Ärzte geltenden Tarife als eindeutig zu hoch zu bezeichnen und sie daher abzulehnen, zumal die inkriminierte Gebührenfestsetzungspraxis damit nicht ausgeschlossen würde.

Die Bundeskammer möchte ferner die Gelegenheit benützen, das do Bundesministerium erneut - wie bereits im Schreiben vom 24. Jänner 1977, GZ RGp-Jdz 883/1973/Bti und vom 24. August 1981, GZ RGp-Jdz 1542/1981/Bti - auf das bei der Feststellung der Entschädigung für Zeitversäumnis eines selbständig Erwerbstätigen nach §§ 3 Abs 1 Z 2 lit b und 55 Abs 1 GebAG 1975 auftauchende Problem des genauen Nachweises des mit der Teilnahme an der Verhandlung verbundenen Einkommensentganges aufmerksam zu machen.

Die Bundeskammer erlaubt sich in diesem Zusammenhang insbesondere auf das Antwortschreiben des seinerzeitigen Herrn Bundesministers Dr. Broda vom 2. Juli 1982 (GZ 695.007/2-II 1/82) hinzuweisen. In diesem Schreiben wurde in Aussicht gestellt, Möglichkeiten einer Abhilfe für das aufgezeigte Problem zu erwägen. Die Bundeskammer hat diese Äußerung dahingehend verstanden, daß sich das do Bundesministerium des Problems bewußt ist und darf nunmehr darum bitten, im Rahmen der beabsichtigten Novelle des GebAG 1975 durch legislative Maßnahmen sicherzustellen, daß die von der zuständigen Interessenvertretung ausgestellte und dem Gericht vorgelegte Bestätigung über den Betrag, der je Stunde als Verdienstentgang angemessen erscheint, als Grundlage für die Bemessung des Verdienstentganges anerkannt wird.

- 3 -

Einem Ersuchen des do Bundesministeriums entsprechend werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übersandt.

BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Der Präsident:

Der Generalsekretär:

